

Beschlüsse der Personalversammlung der allgemein bildenden Schulen in der Region Charlottenburg-Wilmersdorf am 16.11.2021

A)

ERZIEHER*INNEN BENÖTIGEN MEHR ZEIT, BESSERE AUSSTATTUNG, MEHR KOLLEG*INNEN

Die Personalversammlung der allgemein bildenden Schulen in der Region Charlottenburg-Wilmersdorf fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die zukünftige Regierungskoalition sowie die Dienststellenleiterin auf, die **Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen deutlich zu verbessern:**

- Konsequente Umsetzung des in der Dienstvereinbarung für mittelbare pädagogische Arbeit (DV mpA) verankerten Vertretungsprinzips („Lehrer*innen vertreten Lehrer*innen, Erzieher*innen vertreten Erzieher*innen“). Keine Vertretung unter dem Deckmantel der „Betreuung“,
- schnellstmögliche Erhöhung der individuell im Dienstplan der Erzieher*innen verankerten mpA-Zeiten von vier auf neun Wochenstunden,
- die rechtssichere Möglichkeit, mittelbare pädagogische Arbeit auch außerhalb der Schule ableisten zu können,
- Ausstattung mit ergonomischen PC-Arbeitsplätzen mit Internetzugang in den Schulen sowie mit Notebooks für den flexiblen Einsatz in und außerhalb der Schule auch für Erzieher*innen,
- Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation von derzeit 1:22 auf 1:15,
- für dienstältere Kolleg*innen eine Entlastung in Form höherer Anteile der wöchentlichen Arbeitszeit für die mittelbare pädagogischen Arbeit,
- konsequente und unverzügliche Einstellung von pädagogischem Personal zur Vertretung von langzeiterkrankten Kolleg*innen,
- zukunftsorientierte Einrichtung von Studien- und Ausbildungskapazitäten für angehende Pädagog*innen,
- zusätzliche Stunden für Erzieher*innen, die Kolleg*innen in berufsbegleitender Ausbildung während ihrer Ausbildung in den Schulen anleiten.

B)

Arbeitsbedingungen verbessern – Arbeitsfähigkeit erhalten

Die Personalversammlung der allgemeinbildenden Schulen in der Region Charlottenburg-Wilmersdorf fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, die zukünftige Regierungskoalition sowie die Dienststellenleiterin auf, **die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an den Schulen durch eine spürbare Entlastung zu verbessern:**

- Reduzierung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrkräfte
- dauerhaft kleine Klassen
- Freizeitausgleich für die Zusatzaufgaben im Rahmen von „Stark trotz Corona“
- mehr Stellen für Schulverwaltungsarbeit - für jede Schule eine Vollzeitstelle - im Landeshaushalt festschreiben
- Anhebung der Personalzumessung für Schulsekretariate und jährliche Aufstockung gemäß der Schüler*innenzahl

C)

Verbeamtung ohne Spaltung!

Sollte sich die Berliner Regierungskoalition für die Rückkehr zur Verbeamtung entscheiden, fordern wir:

- 1. Alle Lehrkräfte sollen die Möglichkeit erhalten, verbeamtet zu werden.**
 - Wir fordern: Beamt*innenlaufbahnen wieder bzw. neu eröffnen, z.B. für Lehrkräfte unterer Klassen bzw. für pädagogische Unterrichtshilfen!
 - Die festgelegte Altersgrenze (45 Jahre) auszusetzen, damit nicht gerade *die* schlechter gestellt werden, die seit Jahren die Schulen am Laufen halten!
 - Ein Qualifizierungsangebot schaffen für alle, die die Laufbahnvoraussetzungen noch nicht erfüllen!
- 2. Gewährleistungserklärungen für alle, die die Voraussetzungen erfüllen und einen Antrag auf Verbeamtung gestellt haben.**
- 3. Einen finanziellen Nachteilsausgleich für alle, die nicht verbeamtet werden , bei Gehalt und Altersversorgung.**